

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1962

Ausgegeben am 27. Juli 1962

56. Stück

224. Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.

224.

Nachdem der am 14. Juli 1961 in Wien unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, welcher also lautet:

VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND ÜBER DIE GEGENSEITIGE ANERKENNUNG UND VOLLSTRECKUNG GERICHTLICHER ENTSCHEIDUNGEN IN ZIVIL- UND HANDELSACHEN

Der Bundespräsident der Republik Österreich und Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und Ihrer anderen Reiche und Gebiete, Haupt des Commonwealth (in der Folge als „Ihre Britannische Majestät“ bezeichnet);

Vom Wunsche geleitet, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sicherzustellen;

Haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich

für die Republik Österreich:

Herrn Dr. Bruno Kreisky,
Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten;

Herrn Dr. Christian Broda,
Bundesminister für Justiz;

Ihre Britannische Majestät

für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland:

Den Lordsiegelbewahrer, The Right Honourable Edward Richard George Heath, M. B. E., M. P.,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen sind:

CONVENTION BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND PROVIDING FOR THE RECIPROCAL RECOGNITION AND ENFORCEMENT OF JUDGMENTS IN CIVIL AND COMMERCIAL MATTERS

The Federal President of the Republic of Austria and Her Majesty The Queen of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of Her other Realms and Territories, Head of the Commonwealth (hereinafter referred to as Her Britannic Majesty);

Desiring to provide on the basis of reciprocity for the recognition and enforcement of judgments in civil and commercial matters;

Having appointed for that purpose as their Plenipotentiaries:

The Federal President of the Republic of Austria

For the Republic of Austria:
Herrn Dr. Bruno Kreisky,
Federal Minister for Foreign Affairs;

Herrn Dr. Christian Broda,
Federal Minister for Justice;

Her Britannic Majesty

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:
The Right Honourable Edward Richard George Heath, M. B. E., M. P., Lord Privy Seal,

Who, having communicated to each other their Full Powers, found in good and due form, have agreed as follows:

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel I

Für die Anwendung dieses Vertrages gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. „Gebiet der einen Hohen Vertragsschließenden Partei“ und „Gebiet der anderen Hohen Vertragsschließenden Partei“ bedeuten entweder

- a) das Vereinigte Königreich (England und Wales, Schottland und Nordirland) und alle Gebiete, auf die der Vertrag gemäß Artikel XIII ausgedehnt worden ist; oder
- b) die Republik Österreich.

2. Als „obere Gerichte“ sind anzusehen

- a) für das Vereinigte Königreich
das House of Lords;
für England und Wales
der Supreme Court of Judicature (Court of Appeal and High Court of Justice) und die Courts of Chancery of the Counties Palatine von Lancaster und von Durham;
für Schottland
der Court of Session und der Sheriff Court;
für Nordirland
der Supreme Court of Judicature;
- b) für die Republik Österreich
die Landesgerichte, die Kreisgerichte, die Handelsgerichte, die Oberlandesgerichte und der Oberste Gerichtshof.

Alle anderen Gerichte in diesen Gebieten sind im Sinne dieses Vertrages „untere Gerichte“.

3. „Erstgericht“ bedeutet das Gericht, das die Entscheidung erlassen hat, „Zweitgericht“ das Gericht, von dem eine Entscheidung anerkannt werden soll oder bei dem ein Antrag auf Registrierung einer Entscheidung (registration of a judgment) oder auf Bewilligung der Exekution gestellt wird.

4. Unter „Entscheidung“ ist jede Entscheidung eines Gerichtes ohne Rücksicht auf ihre Bezeichnung (Urteil, Beschluß und dergleichen) zu verstehen, durch die über die Rechte der Parteien endgültig erkannt wird; hiezu zählen auch die gerichtlichen Vergleiche; ausgenommen sind Beschlüsse, durch die nur eine vorläufige Sicherung gewährt wird (einstweilige Verfügungen). Über die Rechte der Parteien gilt auch dann als endgültig erkannt, wenn bei den Gerichten des Landes des Erstgerichtes ein Rechtsbehelf gegen die Entscheidung eingebracht worden ist oder noch eingebracht werden kann.

5. Der Begriff „Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen“ schließt keine Entscheidungen ein, die in Verfahren zur Eintreibung von öffentlichen Abgaben irgendwelcher Art ergehen oder

GENERAL

Article I

For the purposes of the present Convention:

(1) The words “territory of one High Contracting Party” and the words “territory of the other High Contracting Party” shall mean either:

- (a) the United Kingdom (England and Wales, Scotland and Northern Ireland) and any territories to which the Convention shall have been extended under Article XIII or,
- (b) the Republic of Austria.

(2) The words “superior court” mean:

- (a) in the case of the United Kingdom, the House of Lords; for England and Wales, the Supreme Court of Judicature (Court of Appeal and High Court of Justice) and the Courts of Chancery of the Counties Palatine of Lancaster and of Durham; for Scotland, the Court of Session and the Sheriff Court; and for Northern Ireland, the Supreme Court of Judicature; and
- (b) in the case of the Republic of Austria, the Landesgerichte, the Kreisgerichte, the Handelsgerichte, the Oberlandesgerichte and the Oberste Gerichtshof.

All other courts in these territories shall be deemed to be “inferior courts” for the purposes of the present Convention.

(3) The words “original court” mean in relation to any judgment the court by which the judgment was given; and the words “court applied to”, the court in which it is sought to obtain recognition of a judgment or to which an application for the registration of a judgment or for the grant of execution (Bewilligung der Exekution) is made.

(4) The word “judgment” means any decision of a court, however described (judgment, order and the like, by which the rights of the parties are finally determined, and shall include gerichtliche Vergleiche, but shall not include orders by which only a provisional security is granted (einstweilige Verfügungen). The rights of the parties shall be deemed to be finally determined notwithstanding that an appeal may be pending against the judgment or that it may still be subject to appeal in the courts of the country of the original court.

(5) The words “judgments in civil and commercial matters” shall not be deemed to include judgments given in proceedings for the recovery of any form of taxation or under which a fine

die Geldbußen oder Geldstrafen betreffen; er umfaßt jedoch Entscheidungen, die ein Gericht in einem Strafverfahren in Ansehung der Zahlung eines Geldbetrages als Schadenersatz an eine geschädigte Partei erlassen hat.

6. „Verpflichteter“ bedeutet die Person, gegen welche die Entscheidung des Erstgerichtes ergangen ist, einschließlich jeder Person, gegen welche die Entscheidung nach dem Recht des Landes des Erstgerichtes geltend gemacht werden kann; „Betreibender Gläubiger“ bedeutet die Person, zu deren Gunsten die Entscheidung ergangen ist, einschließlich jeder Person, welche die Rechte aus der Entscheidung geltend machen kann.

7. Unter „Rechtsbehelf“ ist jede Prozeßhandlung zu verstehen, die auf Änderung oder Aufhebung einer Entscheidung, auf Einleitung eines neuen Verfahrens oder im Fall einer Entscheidung, die im Gebiet Ihrer Britannischen Majestät ergangen ist, auf Hinderung der Exekution (stay of execution) gerichtet ist.

Artikel II

(1) Entscheidungen in Zivil- und Handels-sachen, die ein oberes Gericht im Gebiet einer Hohen Vertragsschließenden Partei erlassen hat, sind im Gebiet der anderen Hohen Vertragsschließenden Partei gemäß den Bestimmungen der Artikel III bis X dieses Vertrages anzuerkennen und zu vollstrecken; ausgenommen sind Entscheidungen, die auf Grund von Rechtsbehelfen in Verfahren, in denen ein unteres Gericht in erster Instanz entschieden hat, erlassen worden sind.

(2) Dieser Vertrag schließt nicht aus, daß eine im Gebiet der einen Hohen Vertragsschließenden Partei ergangene Entscheidung, für die dieser Vertrag nicht anwendbar ist, im Gebiet der anderen Hohen Vertragsschließenden Partei auf Grund der im betreffenden Gebiet jeweils geltenden Rechtsvorschriften anerkannt und vollstreckt wird.

ANERKENNUNG VON ENTSCHEIDUNGEN

Artikel III

(1) Die im Artikel II Absatz 1 dieses Vertrages genannten Entscheidungen, die im Gebiet einer Hohen Vertragsschließenden Partei ergangen sind, sind vorbehaltlich der Bestimmungen der Absätze 2 und 3 im Gebiet der anderen Hohen Vertragsschließenden Partei anzuerkennen, es sei denn, daß entweder

a) das Zweitgericht zur Überzeugung gelangt, daß einer der folgenden Versagungsgründe vorliegt:

1. in der betreffenden Sache war die Zuständigkeit des Erstgerichtes nach Artikel IV nicht gegeben;

or other penalty is payable, but shall be deemed to include judgments given by a court in any criminal proceedings for the payment of a sum of money in respect of damages to an injured party.

(6) The words “judgment debtor” mean the person against whom the judgment was given in the original court and include any person against whom the judgment is enforceable under the law of the country of the original court; and the words “judgment creditor”, the person in whose favour the judgment was given, and include any person entitled to avail himself of the judgment.

(7) The word “appeal” includes any proceeding by way of discharging or setting aside a judgment or an application for a new trial or, in the case of a judgment given in the territory of Her Britannic Majesty, a stay of execution.

Article II

(1) Judgments in civil and commercial matters given by a superior court in the territory of one High Contracting Party, other than judgments given on appeal in proceedings in which an inferior court gave judgment at first instance, shall be recognised and enforced in the territory of the other High Contracting Party in accordance with the provisions of Articles III to X of the present Convention.

(2) Nothing in the present Convention shall be deemed to preclude the recognition and enforcement in the territory of one High Contracting Party, in accordance with the law for the time being in force in the country concerned, of judgments pronounced by any court in the territory of the other High Contracting Party, being judgments to which the present Convention does not apply.

RECOGNITION OF JUDGMENTS

Article III

(1) The judgments referred to in paragraph (1) of Article II of the present Convention given in the territory of one High Contracting Party shall, subject to the provisions of paragraphs (2) and (3) of this Article, be recognised in the territory of the other High Contracting Party, unless either:

(a) the court applied to is satisfied of the existence of any of the following objections to the judgment:

1. in the case in question, the jurisdiction of the original court is not recognised under the provisions of Article IV;

2. die Entscheidung ist durch betrügerische Machenschaften erlangt worden;

3. die Anerkennung der Entscheidung würde der öffentlichen Ordnung im Lande des Zweitgerichtes widersprechen;

4. der Verpflichtete, der Beklagter im Verfahren vor dem Erstgericht war, hatte nach Völkerrecht Anspruch auf Immunität von der Gerichtsbarkeit der Gerichte des Landes des Erstgerichtes und hatte sich dieser Gerichtsbarkeit nicht unterworfen;

5. die Entscheidung soll gegen eine Person geltend gemacht werden, die nach Völkerrecht Anspruch auf Immunität von der Gerichtsbarkeit des Zweitgerichtes hat; oder

b) der Verpflichtete dem Zweitgericht nachweist,

1. daß einer der unter lit. a angeführten Versagungsgründe vorliegt oder

2. daß die Entscheidung auf Grund einer Säumnis ergangen ist und der Verpflichtete, der Beklagter im Verfahren vor dem Erstgericht war, vom Verfahren entweder überhaupt keine Kenntnis oder nicht so rechtzeitig Kenntnis erlangt hat, um sich verteidigen zu können. In allen Fällen, in denen feststeht, daß die einleitende Ladung oder Verfügung dem Beklagten nach Artikel 3 oder Artikel 4 lit. a Zahl 1 oder 2 des zwischen Österreich und dem Vereinigten Königreich abgeschlossenen Abkommens vom 31. März 1931 über Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen ordnungsgemäß zugestellt worden ist, hat das Zweitgericht als erwiesen anzusehen, daß der Beklagte vom Verfahren Kenntnis erlangt hat.

(2) Weist der Verpflichtete dem Zweitgericht nach, daß gegen die Entscheidung im Lande des Erstgerichtes auf Grund eines Rechtsbehelfes ein Verfahren eingeleitet worden ist oder daß zwar ein solches Verfahren bisher nicht eingeleitet worden ist, daß er aber hiezu berechtigt ist und beabsichtigt, einen Rechtsbehelf einzubringen, so hat das Zweitgericht entsprechend den Rechtsvorschriften seines Landes die Entscheidung anzuerkennen oder deren Anerkennung zu versagen.

(3) Die Anerkennung einer Entscheidung ist zu versagen, wenn dies nach dem Recht des Zweitgerichtes erforderlich ist, weil in derselben Sache zwischen denselben Parteien eine frühere Entscheidung von einem Gericht erlassen worden ist, dem in der Sache Gerichtsbarkeit zustand.

2. the judgment was obtained by fraud;

3. the recognition of the judgment would be contrary to public policy in the country of the court applied to;

4. the judgment debtor, being a defendant in the proceedings in the original court, was a person who, under public international law, was entitled to immunity from the jurisdiction of the courts of the country of the original court and did not submit to the jurisdiction of that court;

5. the judgment is sought to be enforced against a person who, under public international law, is entitled to immunity from the jurisdiction of the court applied to; or

(b) the judgment debtor satisfies the court applied to:

1. of the existence of any of the objections mentioned in the foregoing sub-paragraph; or

2. that the judgment was given by default and the judgment debtor, being the defendant in the proceedings in the original court, did not actually acquire knowledge of those proceedings at all, or did not acquire it in reasonably sufficient time to enable him to defend. In all cases where it is proved that notice of the proceedings has been duly served on the defendant in conformity with the provisions of Article 3 or sub-paragraph (1) or (2) of paragraph (a) of Article 4 of the Convention between the United Kingdom and Austria regarding legal proceedings in civil and commercial matters signed on March 31, 1931, the court applied to shall accept such service as conclusive evidence that the defendant actually acquired knowledge of the proceedings.

(2) Where the judgment debtor satisfies the court applied to that proceedings by way of appeal have been instituted against the judgment in the country of the original court, or that such proceedings have not been actually instituted, but that he is entitled and intends to appeal, the court applied to shall grant or withhold recognition of the judgment in accordance with the law of its country.

(3) Where the law of the country of the court applied to requires recognition to be withheld from a judgment on the ground that a previous judgment has been given in respect of the same cause of action as between the same parties by a court of competent jurisdiction, recognition shall be withheld.

(4) Die Anerkennung darf nicht allein deshalb versagt werden, weil das Erstgericht bei der Wahl der auf den Fall anzuwendenden Rechtsordnung Bestimmungen des internationalen Privatrechtes angewendet hat, die von den Bestimmungen abweichen, die das Zweitgericht anzuwenden gehabt hätte.

Artikel IV

(1) Im Sinne des Artikels III Absatz 1 lit. a Zahl 1 ist die Zuständigkeit der Gerichte des Landes des Erstgerichtes, vorbehaltlich der Bestimmungen der Absätze 2 bis 5, dann gegeben,

- a) wenn der Verpflichtete, der im Verfahren vor dem Erstgericht Beklagter war, zur Zeit der Einleitung des Verfahrens im Lande dieses Gerichtes seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder, wenn es sich um eine juristische Person einschließlich einer Handelsgesellschaft handelt, diese dort ihren statutarischen Sitz oder ihre Hauptniederlassung hatte; oder
- b) wenn der Verpflichtete, der im Verfahren vor dem Erstgericht Beklagter war, im Lande dieses Gerichtes eine Zweigniederlassung oder eine Betriebsstätte hatte und sich das Verfahren vor diesem Gericht auf ein Geschäft bezog, das durch diese Zweigniederlassung oder Betriebsstätte abgeschlossen worden ist; oder
- c) wenn der Verpflichtete, der im Verfahren vor dem Erstgericht Beklagter war, vor Einleitung des Verfahrens in Ansehung der Rechtsstreitigkeit vereinbart hatte, sich der Zuständigkeit dieses Gerichtes oder der Gerichte des Landes dieses Gerichtes zu unterwerfen; oder
- d) wenn der Verpflichtete, der im Verfahren vor dem Erstgericht Beklagter war, sich der Zuständigkeit dadurch unterworfen hat, daß er sich in das Verfahren freiwillig eingelassen hat. Der Ausdruck „freiwillige Einlassung in das Verfahren“ schließt nicht eine Einlassung lediglich zu dem Zweck ein, das im Lande des Erstgerichtes befindliche Vermögen vor einer Beschlagnahme zu schützen, die Aufhebung einer Beschlagnahme zu erreichen oder die Zuständigkeit des Erstgerichtes zu bestreiten; oder
- e) wenn der Verpflichtete im Verfahren vor dem Erstgericht Kläger oder Widerkläger war.

(2) Absatz 1 ist nicht auf Entscheidungen anzuwenden, in denen der Streitgegenstand unbewegliches Vermögen war; die Zuständigkeit des Erstgerichtes ist aber gegeben, wenn dieses Vermögen im Lande des Erstgerichtes gelegen war.

(4) Recognition shall not be refused merely on the ground that the original court has applied, in the choice of the system of law applicable to the case, rules of private international law different from those observed by the court applied to.

Article IV

(1) For the purposes of sub-paragraph (a) 1 of paragraph (1) of Article III the courts of the country of the original court shall, subject to the provisions of paragraphs (2) to (5) of this Article, be recognised as possessing jurisdiction in all cases:

- (a) if the judgment debtor, being a defendant in the proceedings in the original court, was, at the time when the proceedings were instituted, resident in, or being a company or other body corporate had its registered or head office in, the country of that court; or
- (b) if the judgment debtor, being a defendant in the proceedings in the original court, had a branch office or a commercial establishment in the country of that court and the proceedings in that court were in respect of a transaction effected through that branch office or establishment; or
- (c) if the judgment debtor, being a defendant in the proceedings in the original court, had before the commencement of the proceedings agreed, in respect of the subject matter of the proceedings, to submit to the jurisdiction of that court or of the courts of the country of that court; or
- (d) if the judgment debtor, being a defendant in the proceedings in the original court, submitted to the jurisdiction by voluntarily appearing in the proceedings. The expression "voluntarily appearing in the proceedings" does not include an appearance merely for the purpose of protecting property situated in the country of the original court from seizure, or of obtaining the release of property seized, or for the purpose of contesting the jurisdiction of the original court; or
- (e) if the judgment debtor was plaintiff or counter-claimant in the proceedings in the original court.

(2) The provisions of paragraph (1) of this Article shall not apply to judgments where the subject matter of the proceedings was immovable property, but the jurisdiction of the original court shall be recognised if such property was situated in the country of the original court.

(3) Absatz 1 ist nicht auf Entscheidungen über Schiffe, Flugzeuge oder deren Ladung anzuwenden, sofern nach der Rechtsordnung einer der Hohen Vertragschließenden Parteien diese Entscheidungen nicht nur zwischen den Prozeßparteien, sondern auch gegenüber einer anderen Person endgültig sind, die ein mit der Entscheidung nicht zu vereinbarendes Interesse an diesen Schiffen, Flugzeugen oder deren Ladung geltend macht. Die Zuständigkeit des Erstgerichtes ist jedoch in diesen Fällen gegeben, wenn diese Schiffe, Flugzeuge oder deren Ladung zur Zeit der Einleitung des Verfahrens vor dem Erstgericht sich im Lande des Erstgerichtes befunden haben.

(4) Die Zuständigkeit des Erstgerichtes ist in den im Absatz 1 lit. a und b und in den Absätzen 2 und 3 angeführten Fällen nicht gegeben, wenn die Einleitung des Verfahrens vor dem Erstgericht einer Vereinbarung zuwiderläuft, nach der die gegenständliche Streitigkeit auf andere Weise beizulegen war als durch ein Verfahren vor den Gerichten des Landes des Erstgerichtes.

(5) Absatz 1 ist nicht anzuwenden auf Entscheidungen

- a) in Angelegenheiten des Familienrechtes oder des Personenstandsrechtes (einschließlich Scheidungen oder anderer Entscheidungen in Ehesachen);
- b) über das Erbrecht oder die Erbschaft oder im Verfahren über die Abhandlung des Nachlasses;
- c) in Konkurs- oder Ausgleichsverfahren oder in Verfahren wegen Auflösung von juristischen Personen einschließlich Handelsgesellschaften;

für solche Entscheidungen ist aber die Zuständigkeit der Gerichte des Landes des Erstgerichtes gegeben, wenn sie unter Anwendung der Rechtsvorschriften des Landes des Zweitgerichtes gegeben wäre.

Artikel V

(1) Die Anerkennung einer Entscheidung hat die Wirkung, daß diese Entscheidung hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen und der rechtlichen Beurteilung für jedes künftige Verfahren zwischen denselben Parteien in derselben Sache als bindend zu behandeln ist.

(2) Ist eine Entscheidung, die auf Zahlung einer Geldsumme lautet und auf die dieser Vertrag anzuwenden ist, ergangen, so darf von den Gerichten der Hohen Vertragschließenden Parteien kein Verfahren zur Geltendmachung der Forderung, sondern nur ein Verfahren auf Vollstreckung der Entscheidung gemäß den Artikeln VI bis X durchgeführt werden.

(3) The provisions of paragraph (1) of this Article shall not apply to judgments given in an action of which the subject matter was ships, aircraft or their cargo, if, according to the law of either High Contracting Party, they are conclusive not only against the parties to the proceedings but also against any other person claiming an interest in such ships, aircraft or their cargo inconsistent with the judgment. The jurisdiction of the original court shall, however, be recognised if such ships, aircraft or their cargo were situated in the country of the original court at the time of the commencement of the proceedings in the original court.

(4) The jurisdiction of the original court shall not be recognised in the cases specified in subparagraphs (a) and (b) of paragraph (1) and in paragraphs (2) and (3) of this Article, if the bringing of the proceedings in the original court was contrary to an agreement under which the dispute in question was to be settled otherwise than by proceedings in the courts of the country of the original court.

(5) The provisions of paragraph (1) of this Article shall not apply to judgments concerning:

- (a) family law or personal status (including divorces or other judgments in matrimonial causes);
- (b) succession or the administration of estates of deceased persons;
- (c) bankruptcy proceedings, or proceedings for the winding up of companies or other bodies corporate;

however, in the case of such judgments, the jurisdiction of the courts of the country of the original court shall be recognised where such recognition is in accordance with the law of the country of the court applied to.

Article V

(1) The effect of the recognition of a judgment shall be that the judgment shall be treated as conclusive of any matter of law or fact decided therein in any further proceedings between the same parties founded on the same cause of action.

(2) No proceedings for the recovery of a sum of money payable under a judgment to which the present Convention applies shall be entertained by the courts of either High Contracting Party, other than proceedings for enforcement in accordance with Article VI to X of the present Convention.

VOLLSTRECKUNG VON ENTSCHEIDUNGEN

Artikel VI

(1) Die im Artikel II Absatz 1 dieses Vertrages genannten Entscheidungen, die im Gebiet einer der Hohen Vertragsschließenden Parteien ergangen sind, sind vorbehaltlich der Bestimmungen der Absätze 2 und 3 im Gebiet der anderen Hohen Vertragsschließenden Partei gemäß den Bestimmungen der Artikel VII bis X zu vollstrecken, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Keiner der im Artikel III in Verbindung mit Artikel IV genannten Gründe für die Versagung der Anerkennung einer Entscheidung ist gegeben;
- b) die Entscheidung lautet auf Zahlung einer Geldsumme;
- c) die Entscheidung ist im Lande des Erstgerichtes nach Absatz 5 als vollstreckbar anzusehen.

(2) Weist der Verpflichtete dem österreichischen Zweitgericht nach, daß gegen die Entscheidung im Gebiet Ihrer Britannischen Majestät auf Grund eines Rechtsbehelfes ein Verfahren eingeleitet worden ist, so hat das österreichische Gericht die Maßnahmen zu treffen, die auf Grund einer Wiederaufnahmsklage zulässig sind.

(3) Weist der Verpflichtete dem im Gebiet Ihrer Britannischen Majestät gelegenen Zweitgericht nach, daß auf Grund einer Wiederaufnahmsklage oder einer Nichtigkeitsklage in Österreich ein Verfahren eingeleitet worden ist oder daß zwar ein solches Verfahren bisher nicht eingeleitet worden ist, er aber hiezu berechtigt ist und beabsichtigt, ein solches Verfahren einzuleiten, so kann das Gericht, falls es dies für angebracht hält, die Maßnahmen ergreifen, die nach seinem Recht zulässig sind.

(4) Sind die auf Grund einer Entscheidung zu zahlenden Kosten nicht in der Entscheidung selbst, sondern in einem besonderen Beschluß festgesetzt, so ist dieser Beschluß als Teil der Entscheidung anzusehen.

(5) Wurde eine Ausfertigung einer Entscheidung vom Erstgericht ausgestellt, so ist die Entscheidung bis zum Beweis des Gegenteils gemäß Absatz 1 lit. c als im Lande des Erstgerichtes vollstreckbar anzusehen. Eine von einem österreichischen Gericht ausgestellte Ausfertigung einer Entscheidung muß mit der Bestätigung versehen sein, daß sie vollstreckbar ist.

Artikel VII

(1) Damit eine Entscheidung, die im Gebiet der Republik Österreich ergangen ist, im Gebiet

ENFORCEMENT OF JUDGMENTS

Article VI

(1) The judgments referred to in paragraph (1) of Article II of the present Convention given in the territory of one High Contracting Party shall, subject to the provisions of paragraphs (2) and (3) of this Article, be enforced in the territory of the other High Contracting Party in the manner provided in Articles VII to X of the present Convention provided that the following conditions are satisfied:

- (a) none of the objections set out in Article III (read in conjunction with Article IV) to the recognition of the judgment exists;
- (b) there is payable thereunder a sum of money;
- (c) it can be established under the provisions of paragraph (5) of this Article that they could be enforced by execution in the country of the original court;

(2) Where the judgment debtor satisfies the Austrian court applied to that proceedings by way of appeal have been instituted against the judgment in the territory of Her Britannic Majesty, the Austrian court shall adopt the same procedure as on an application for a new trial (Wiederaufnahmsklage).

(3) Where the judgment debtor satisfies the court applied to in the territory of Her Britannic Majesty that proceedings by way of application for a new trial (Wiederaufnahmsklage) or to set aside the judgment (Nichtigkeitsklage) have been instituted against the judgment in Austria or that such proceedings have not been actually instituted but that he is entitled and intends to bring them, the court, if it thinks fit, may take such measures in regard thereto as are permitted by its own law.

(4) If the amount of the costs to be paid under a judgment is not fixed by the judgment itself but by a separate order, such order shall be deemed to be part of the judgment.

(5) A judgment in respect of which a certified copy has been issued by the original court shall, in the absence of proof to the contrary, be deemed to be capable of being enforced by execution in the country of the original court within the meaning of sub-paragraph (c) of paragraph (1) of this Article. A certified copy of a judgment issued by an Austrian court shall bear a certificate to the effect that it is capable of being enforced by execution (vollstreckbar).

Article VII

(1) In order that any judgment given in the territory of the Republic of Austria should be

des Vereinigten Königreiches vollstreckt werden kann, ist vom betreibenden Gläubiger ein Antrag auf Registrierung gemäß dem Verfahren des Zweitgerichtes zu stellen:

- a) in England und Wales an den High Court of Justice;
- b) in Schottland an den Court of Session; und
- c) in Nordirland an den Supreme Court of Judicature.

(2) Dem Antrag auf Registrierung sind anzuschließen:

- a) eine vollständige Ausfertigung der Entscheidung, der das Gerichtssiegel beigesetzt ist und die mit der Bestätigung der Vollstreckbarkeit gemäß Artikel VI Absatz 5 versehen ist;
- b) eine beschworene Erklärung (affidavit) nach den für das Zweitgericht geltenden Vorschriften;
- c) Übersetzungen der nach diesem Absatz erforderlichen Urkunden, die von einem beeideten Übersetzer oder von einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter einer der beiden Hohen Vertragsschließenden Parteien beglaubigt sein müssen — jedoch nicht von einer in englischer Sprache abgefaßten beschworenen Erklärung.

(3) Die im Absatz 2 angeführten Urkunden bedürfen keiner weiteren Beglaubigung.

(4) Wird ein den Absätzen 1 und 2 entsprechender Antrag hinsichtlich einer Entscheidung gestellt, die den Voraussetzungen des Artikels VI entspricht, so ist die Registrierung zu bewilligen.

Artikel VIII

(1) Damit eine Entscheidung, die im Gebiet Ihrer Britannisch Majestät ergangen ist, im Gebiet der Republik Österreich vollstreckt werden kann, ist vom betreibenden Gläubiger ein Antrag auf Bewilligung der Exekution gemäß dem Verfahren des Zweitgerichtes bei dem Landes- oder Kreisgericht zu stellen, in dessen Sprengel der Verpflichtete seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, in Ermangelung eines solchen in dessen Sprengel er Vermögen besitzt.

(2) Dem Antrag auf Exekutionsbewilligung sind anzuschließen:

- a) eine beglaubigte Abschrift der Entscheidung, der das Gerichtssiegel oder, wenn es sich um eine Entscheidung des Sheriff Court handelt, die Unterschrift des Sheriff Clerk beigesetzt ist;
- b) eine vom Erstgericht ausgestellte Urkunde, die nähere Angaben über das Verfahren und die Entscheidungsgründe enthält;

enforced in the territory of the United Kingdom, an application by a judgment creditor for its registration should, in accordance with the procedure of the court applied to, be made:

- (a) in England and Wales, to the High Court of Justice;
- (b) in Scotland, to the Court of Session; and
- (c) in Northern Ireland, to the Supreme Court of Judicature.

(2) The application for registration should be accompanied by:

- (a) a certified copy of the complete judgment authenticated by the court seal and bearing the certificate referred to in paragraph (5) of Article VI;
- (b) an affidavit of the facts required by the rules of the court applied to;
- (c) a translation of any document required by this paragraph (except any affidavit in English) certified by a sworn translator or by a diplomatic or consular officer of either High Contracting Party.

(3) The documents enumerated in paragraph (2) shall require no further authentication.

(4) If an application is made in accordance with paragraphs (1) and (2) of this Article in respect of a judgment fulfilling the conditions laid down in Article VI, registration shall be granted.

Article VIII

(1) In order that any judgment given in the territory of Her Britannic Majesty should be enforced in the territory of the Republic of Austria, an application by a judgment creditor for the grant of execution should, in accordance with the procedure of the court applied to, be made to the Landesgericht or Kreisgericht in whose jurisdiction the judgment debtor has his residence or, in the absence of such residence, where he possesses property.

(2) The application for the grant of execution should be accompanied by:

- (a) a certified copy of the judgment authenticated by the court seal, or in the case of judgments of the Sheriff Court, authenticated by the signature of the Sheriff Clerk;
- (b) a document issued by the original court giving particulars of the proceedings and a statement of the grounds on which the judgment was based;

c) Übersetzungen der nach diesem Absatz erforderlichen Urkunden, die von einem beideten Übersetzer oder von einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter einer der beiden Hohen Vertragschließenden Parteien beglaubigt sein müssen.

(3) Die im Absatz 2 angeführten Urkunden bedürfen keiner weiteren Beglaubigung.

(4) Wird ein den Absätzen 1 und 2 entsprechender Antrag hinsichtlich einer Entscheidung gestellt, die den Voraussetzungen des Artikels VI entspricht, so ist die Exekution zu bewilligen.

Artikel IX

Ist auf Grund einer Entscheidung die Registrierung gemäß Artikel VII oder die Exekution gemäß Artikel VIII bewilligt worden, so hat diese Entscheidung vom Zeitpunkt der Bewilligung an für die Vollstreckung auf Grund dieser Bewilligung dieselbe Wirkung, als ob sie im Zeitpunkt der Bewilligung im Lande des Zweiterichtes ergangen wäre.

Artikel X

(1) Das Verfahren zur Registrierung einer Entscheidung nach Artikel VII sowie zur Bewilligung der Exekution auf Grund einer Entscheidung nach Artikel VIII soll so einfach und rasch wie möglich sein; vom Antragsteller darf keine Sicherheitsleistung für die Kosten der Registrierung oder der Bewilligung der Exekution verlangt werden.

(2) Der Antrag auf Registrierung oder der erste Antrag auf Bewilligung der Exekution kann nur innerhalb einer Frist von sechs Jahren gestellt werden; der Lauf dieser Frist beginnt, wenn gegen die Entscheidung kein Rechtsbehelf an ein höheres Gericht eingebracht worden ist, mit dem Datum der Entscheidung, wenn aber ein solcher Rechtsbehelf eingebracht worden ist, mit dem Datum der Entscheidung letzter Instanz.

(3) Betrifft die Entscheidung des Erstgerichtes verschiedene Ansprüche und würden, falls diese Ansprüche Gegenstand gesonderter Entscheidungen gewesen wären, nur eine oder einzelne von ihnen die Registrierung oder die Bewilligung der Exekution rechtfertigen, so hat sich die Registrierung oder die Bewilligung der Exekution auf diesen Anspruch zu beschränken.

(4) Ist die in der Entscheidung zuerkannte Geldforderung in einer anderen Währung als in der des Landes des Zweiterichtes ausgedrückt, so ist die Frage, ob, bejahendenfalls in welcher Art und unter welchen Bedingungen der auf Grund der Entscheidung zu zahlende Betrag in die Währung des Landes des Zweiterichtes zum Zwecke

(c) a translation of any document required by this paragraph certified by a sworn translator or by a diplomatic or consular officer of either High Contracting Party.

(3) The documents enumerated in paragraph (2) shall require no further authentication.

(4) If an application is made in accordance with paragraphs (1) and (2) of this Article in respect of a judgment fulfilling the conditions laid down in Article VI, execution shall be granted.

Article IX

From the date on which it is granted registration under Article VII or execution under Article VIII, a judgment shall, for the purpose of its execution by virtue of that grant, have effect in the country of the court applied to as if it were a judgment originally given in that country on that date.

Article X

(1) The procedure for the registration of a judgment under Article VII and the procedure for the grant of execution of a judgment under Article VIII shall be as simple and rapid as possible, and no security for costs shall be required of any person making application for such registration or for the grant of execution.

(2) A period of six years, running from the date of the judgment of the original court, if no appeal has been brought to a higher court in the country of the original court, or from the date of the judgment given in last instance if such an appeal has been brought, shall be allowed by the court applied to for the purpose of making any application for registration or the first application for a grant of execution.

(3) If it is found by the court applied to that the judgment of the original court is in respect of different matters and that one or more, but not all, of the provisions of the judgment are such that, if those provisions had been contained in separate judgments, those judgments could properly have been registered or could have been granted execution, the judgment may be registered or granted execution in respect only of the provisions aforesaid.

(4) If under a judgment a sum of money is payable, which is expressed in a currency other than that of the country of the court applied to, the law of the country of the court applied to shall determine if, and if so, in what manner and in what conditions, the amount payable under the judgment may or shall be converted into the

der Erfüllung oder der Vollstreckung der Entscheidung umgerechnet werden darf oder muß, nach den für das Land des Zweitgerichtes geltenden Rechtsvorschriften zu beurteilen.

(5) Das Zweitgericht hat bei der Registrierung oder bei der Bewilligung der Exekution die Kosten, die durch die Registrierung oder die Bewilligung der Exekution oder aus diesem Anlaß entstanden sind, auf Antrag des betreibenden Gläubigers einzubeziehen.

(6) Ist auf Grund einer Entscheidung die Registrierung gemäß Artikel VII oder die Exekution gemäß Artikel VIII bewilligt worden, so ist der in dieser Entscheidung zuerkannte Geldbetrag für die Zeit bis zur Bewilligung mit dem Zinsfuß zu verzinsen, der sich aus der Entscheidung selbst oder aus einer ihr angeschlossenen Bestätigung des Erstgerichtes ergibt. Vom Zeitpunkt der Bewilligung an betragen die Zinsen vier Prozent im Jahr von der Gesamtsumme (Kapital und Zinsen), bezüglich deren die Registrierung oder Exekution bewilligt wird.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel XI

Dieser Vertrag ist nur auf Entscheidungen anzuwenden, die nach dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens ergangen sind.

Artikel XII

Schwierigkeiten, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages entstehen, sind auf diplomatischem Wege beizulegen. Es besteht jedoch Einvernehmen darüber, daß die Entscheidungen von Gerichten in den Gebieten der Hohen Vertragschließenden Parteien auf diesem Wege nicht aufgehoben oder abgeändert werden können.

Artikel XIII

(1) Ihre Britannische Majestät kann durch Notifikation auf diplomatischem Wege jederzeit, solange der Vertrag nach Artikel XIV in Kraft steht und vorausgesetzt, daß durch einen Austausch von Noten eine Vereinbarung über die im Absatz 2 dieses Artikels erwähnten Punkte geschlossen worden ist, die Anwendung dieses Vertrages auf jedes Gebiet ausdehnen, für dessen internationale Beziehungen die Regierung Ihrer Britannischen Majestät im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland verantwortlich ist.

(2) Bevor die Ausdehnung auf ein Gebiet nach Absatz 1 notifiziert wird, haben die Hohen Vertragschließenden Parteien durch einen Notenwechsel das Einvernehmen darüber herzustellen, welche Gerichte in diesem Gebiet als „obere Gerichte“ im Sinne dieses Vertrages anzusehen sind

currency of the country of the court applied to for the purposes of the satisfaction or enforcement of the judgment debt.

(5) When granting registration or execution, the court applied to shall, if so requested by the judgment creditor, include the costs of and incidental to registration or the grant of execution.

(6) Where a judgment is granted registration under Article VII or execution under Article VIII such judgment shall carry, in respect of the period up to the date of the grant, interest at the rate (if any) specified in the judgment or in any certificate of the original court accompanying the judgment. As from the date of the grant, interest shall be allowed at 4% per annum on the total sum (principal and interest) in respect of which the registration or execution is granted.

FINAL PROVISIONS

Article XI

The present Convention shall apply only to judgments which are given after the date of its entry into force.

Article XII

Any difficulties which may arise in connexion with the interpretation or application of the present Convention shall be settled through the diplomatic channel. It is, however, understood that the judgments of courts in the territories of the High Contracting Parties cannot thereby be reopened or altered.

Article XIII

(1) Her Britannic Majesty may, by a notification given through the diplomatic channel, at any time while the Convention is in force under Article XIV, and provided that an agreement has been concluded by an Exchange of Notes on the points mentioned in paragraph (2) of this Article, extend the operation of the present Convention to any territory for whose international relations Her Britannic Majesty's Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland are responsible.

(2) Prior to any notification of extension in respect of any territory under the preceding paragraph, an agreement shall be concluded between the High Contracting Parties by an Exchange of Notes as to the courts of the territory concerned, which shall be deemed to be

und bei welchen Gerichten der Antrag auf Registrierung einer Entscheidung gestellt werden kann.

(3) Eine Ausdehnung im Sinne dieses Artikels tritt drei Monate nach der gemäß Absatz 1 vorgenommenen Notifikation in Kraft.

(4) Jede der Hohen Vertragschließenden Parteien kann nach Ablauf von drei Jahren nach dem Inkrafttreten einer Ausdehnung dieses Vertrages auf eines der im Absatz 1 genannten Gebiete eine solche Ausdehnung jederzeit unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist auf diplomatischem Wege kündigen.

(5) Das Außerkrafttreten des Vertrages nach Artikel XIV wird, sofern nicht die beiden Hohen Vertragschließenden Parteien ausdrücklich etwas anderes vereinbaren, auch für alle Gebiete wirksam, auf die er nach Absatz 1 ausgedehnt worden ist.

Artikel XIV

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sind in London auszutauschen. Der Vertrag tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt für die Dauer von drei Jahren, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens an. Hat keine der Hohen Vertragschließenden Parteien der anderen auf diplomatischem Wege spätestens sechs Monate vor Ablauf des besagten Zeitraumes von drei Jahren die Absicht notifiziert, den Vertrag zu kündigen, so bleibt er bis zum Ablauf von sechs Monaten von dem Zeitpunkt an in Kraft, an dem eine der Hohen Vertragschließenden Parteien ihn gekündigt hat.

ZU URKUND DESSEN haben die obgenannten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

GESCHEHEN in Wien in zweifacher Ausfertigung am 14. Tage des Juli 1961, in englischer und deutscher Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für den Bundespräsidenten der Republik
Österreich:

Kreisky
Broda

Für Ihre Majestät:
Edward Heath

“superior courts” for the purposes of the present Convention, and the Courts to which application for registration of any judgment shall be made.

(3) The date of the coming into force of any extension under this Article shall be three months from the date of the notification given under paragraph (1) of this Article.

(4) Either of the High Contracting Parties may, at any time after the expiry of three years from the coming into force of an extension of the present Convention, to any of the territories referred to in paragraph (1) of this Article, terminate such extension on giving six months' notice of termination through the diplomatic channel.

(5) The termination of the Convention under Article XIV shall, unless otherwise expressly agreed by both High Contracting Parties, also terminate it in respect of any territory to which it has been extended under paragraph (1) of this Article.

Article XIV

The present Convention shall be subject to ratification. Instruments of Ratification shall be exchanged at London. The Convention shall come into force one month after the date on which the Instruments of Ratification are exchanged, and shall remain in force for three years after the date of its coming into force. If neither of the High Contracting Parties shall have given notice through the diplomatic channel to the other, not less than six months before the expiration of the said period of three years, of intention to terminate the Convention, it shall remain in force until the expiration of six months from the date on which either of the High Contracting Parties shall have given notice to terminate it.

IN WITNESS WHEREOF the above-mentioned Plenipotentiaries have signed the present Convention.

DONE in duplicate at Vienna this 14th day of July, 1961, in the English and German languages, both texts being equally authoritative.

For the Federal President of the Republic of
Austria:

Kreisky
Broda

For Her Majesty:
Edward Heath

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident diesen Vertrag für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesem Vertrag enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Justiz und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 11. Mai 1962

Der Bundespräsident:

Schärf

Der Bundeskanzler:

Gorbach

Der Bundesminister für Justiz:

Broda

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kreisky

Der vorstehende Vertrag ist gemäß seinem Artikel XIV am 14. Juli 1962 in Kraft getreten.

Gorbach

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bezugspreis des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich, Jahrgang 1962, beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 100,— für Inlands- und S 150,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Bezugsmeldungen werden von der Vertriebsabteilung der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, in Wien III, Rennweg Nr. 12 a, entgegengenommen.

Den bisherigen Beziehern des Bundesgesetzblattes gehen Erlagscheine zu. Neue Bezieher wollen den Bezugspreis auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178 überweisen. Erlagscheine werden ihnen über Verlangen zugesendet.

Die Zustellung des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, rechtzeitig den Bezug anzumelden und den Bezugspreis zu überweisen. Dieser kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 30 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1,— für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt Nr. 16, Telephon 63 17 85 Serie, sowie in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile Nr. 27 a, Telephon 52 43 42 und 52 37 78.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind längstens binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Vertriebsabteilung der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg Nr. 12 a, anzufordern.

Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.